

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 144/2019  
Kiel, Donnerstag, 28. März 2019

Umwelt/Plastikmüll reduzieren

## Dennys Bornhöft zu TOP 13 „Plastikmüll deutlich reduzieren“

In seiner Rede zu TOP 13 (Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holstein deutlich reduzieren) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Auf den verschiedenen Ebenen, von der Europäischen Union bis hin zu den Kommunen, werden Vorgaben erarbeitet und Ideen entwickelt, wie wir den Einsatz von Plastik reduzieren können. Um die Notwendigkeit hierfür zu erkennen, reicht ein Blick auf die Menge von verbrauchtem Plastik alleine in Deutschland: Über 18 Millionen Tonnen Plastikmüll produziert die Bundesrepublik pro Jahr, das sind über 220,5 kg pro Kopf im Jahr. Kunststoffe in den unterschiedlichsten Ausführungen sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Bei der Konzeptionierung von Strategien zur Vermeidung von Plastik muss differenziert vorgegangen werden: Es spielt durchaus eine Rolle, wofür und für welchen Zeitraum Plastik hergestellt wird und auch, wofür es verwendet werden soll. Es spielt durchaus eine Rolle, ob wir von Produkten mit einer langfristigen Nutzung wie zum Beispiel einem Möbelstück oder einem Verbrauchsstück wie einem Umrührstäbchen sprechen.

Der Vermeidung von Einwegartikeln kommt bei der Reduktion von Plastik eine besondere Wichtigkeit zu, denn diese Produkte, wie zum Beispiel Strohhalme, werden nur einmal benutzt und landen danach – hoffentlich – in der Mülltonne oder im gelben Sack. Im europäischen Maßstab betrachtet wird das Problem von Einwegartikeln deutlich: Bis zu 85 Prozent aller in der EU angespülten Abfälle sind aus Kunststoff – dabei handelt es sich in etwa der Hälfte der Fälle um weggeschmissene Einwegprodukte. Deswegen sollen ab 2021 in der EU Einwegplastikartikel wie Plastikbesteck, Geschirr, Strohhalme, Wattestäbchen, Essstäbchen, sowie Essensverpackungen aus Styropor verboten werden. Als weitere Maßnahmen sollen sämtliche Plastikflaschen ab 2030 zu mindestens 30 Prozent aus recyceltem Material bestehen. Und nach den neuen Plänen sollen ab 2030 ebenso alle Kunststoffver-

packungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein. Der Verbrauch von Einwegkunststoffen wird auf diese Weise reduziert und die absichtliche Verwendung von Mikroplastik beschränkt. Ein Verbot von Einwegplastik auf europäischer Ebene ist ein richtiger Schritt. Produkte, die für wenige Minuten Nutzung gedacht sind, aber Jahrtausende in der Natur, in Flüssen, Meeren, Wäldern etc. überdauern, sind schlichtweg der falsche Weg. Die Ankündigung des Verbots war ein Innovationsmotor für biologisch abbaubare Produkte. Hier sind auch einige pfiffige Startups aus Deutschland unterwegs, die Alternativen für Einwegplastik anbieten. Da mich hier besonders interessiert, inwieweit und in welchem Zeitraum diese Alternativen aus Holz, Pappe, Maisstärke etc. sich beispielsweise im Meer abbauen, lasse ich gerade ein Langzeitexperiment mit 120 Litern Kieler Fördewasser laufen. Erwartungsgemäß ist die Halbwertszeit von Pappe relativ gering, Holz hält sich wacker und Maisstärke, das an Optik und Stabilität kaum von Plastik zu unterscheiden ist, erweist sich ebenfalls als recht langlebig.

Da es bis zur Umsetzung des Verbots auf europäischer Ebene noch eine Weile dauert, finde ich es gut, dass wir zuerst bei uns selbst schauen und in unserem eigenen Bereich Vorgaben machen. Das wäre in diesem Fall die Landesverwaltung, für die wir selbst verantwortlich sind. Positiv voranzugehen und etwas zu ändern, ist meines Erachtens immer besser als mit Verboten und Geboten gegenüber der Privatwirtschaft vorzupreschen. Die Landesregierung kann hier eine Vorbildfunktion einnehmen, um zu zeigen, dass Plastikvermeidung geht, und dass wir alle Verantwortung übernehmen müssen.“